

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

SEITE 8 · DONNERSTAG, 18. AUGUST 2011 · NR. 191

Nach 56 Jahren

Ende des Ortstafelstreits in Kärnten / Von Reinhard Olt

BAD EISENKAPPEL, 17. August
Im Wappensaal des Landhauses zu Klagenfurt (slowenisch: Celovec) ist Historisches passiert. Das war ein überzeugender Grund zum Feiern: 300 Festgäste begingen im Beisein des österreichischen Kanzlers Werner Faymann und des slowenischen Regierungschefs Borut Pahor die Lösung der Kärntner Ortstafelfrage. Und sie demonstrierten den zeremoniellen Charakter der Veranstaltung dadurch, dass die Festgesellschaft hinterher im Bezirk Völkermarkt an den Ortseingängen von Bad Eisenkappel (slowenisch: Železna Kapla) und Sittersdorf (slowenisch: Žitara vas) zur symbolischen Aufstellung zweisprachiger Ortsschilder schritt. Es war dies der Tag des Kärntner Landeshauptmanns Gerhard Dörfler und des Staatssekretärs im Wiener Kanzleramt Josef Ostermayer, der rechten Hand Faymanns. Ihnen ist das nach einer schier endlosen Geschichte und vielen Verhandlungsrunden brauchbare Ergebnis, wonach es in Kärnten künftig 164 Ortsschilder auf Deutsch und Slowenisch geben wird, letztlich zu verdanken.

Aber ohne Mittun der Repräsentanten der slowenischen Minderheit in Kärnten wäre der dem „historischen, in die Zukunft gerichteten“ Akt zugrunde liegende Kompromiss ebenso wenig zustande gekommen wie ohne das Parlament in Wien, wo die in ein Verfassungsgesetz zu gießende Regelung zu beschließen war, der letztlich alle Parteien zustimmten. Bernard Sadovnik, Obmann der „Gemeinschaft der Kärntner Slowenen“, und Marjan Sturm, Vorsitzender des „Zentralverbands slowenischer Organisationen“, arbeiteten in der „Kärntner Konsensgruppe“ mit. Die war 2005 auf Wunsch des damaligen Kanzlers Schüssel (ÖVP) unter Leitung des aus Kärnten stammenden Historikers Stefan Karner zustande gekommen. Darin saßen, zusammen mit Josef Feldner, dem Chef des Kärntner Heimatdienstes (KHD), sozusagen die Vertreter der „unversöhnlichen historischen Gegnerschaften“ von einst endlich beieinander und arbeiteten an einer tragfähigen Regelung. Insofern war die Feier in Klagenfurt und die Errichtung der neuen Ortstafeln – bis Ende September soll sie abgeschlossen sein – mehr noch als für alle anderen deren großer Tag. Denn ohne den – wirklich historischen – Handschlag zwischen Feldner und Sturm wäre all das nicht möglich geworden.

56 Jahre hat es bis zur Lösung des Konflikts gedauert. Die zwischen Bund, Land und Slowenen-Vertretern einhellig akzeptierte Liste mit 164 Ortschaften in Südkärnten, in denen künftig zweisprachige Ortstafeln stehen, sieht nur auf den ersten Blick einfach aus. Denn dahinter ver-

chen Gebrauchs ihrer Muttersprachen auch die „Errichtung von Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur“ in zwei- oder mehrsprachigen Gebieten festgelegt worden war. Nur: Deren „Siedlungsgebiete“ wurden im Staatsvertrag nicht näher definiert. Dies geschah für Kärnten erst im Volksgruppengesetz von 1976 und in der dazugehörigen Topographieverordnung 1977. Darin war geregelt, dass eine Ortschaft dann als zweisprachig zu gelten habe, wenn der Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung mindestens 25 Prozent beträgt. Diese Vor-

zung. Weil „Deutsch-Kärntner“ Schilder demontierten, wurde die Aufstellung gestoppt. Das Volksgruppengesetz 1976 legte einen Slowenen-Anteil von 25 Prozent als Voraussetzung für zweisprachige Tafeln fest. Im Jahr darauf sah die Topographieverordnung 91 zweisprachige Schilder vor. Sie wurden nie vollzählig errichtet. Mit der Aufstellung deutsch-kroatischer Ortstafeln im Burgenland flammte Ende 2000 in Kärnten die Debatte neu auf. Kärntner Slowenen verlangten eine Novellierung des als zu restriktiv empfundenen Volksgruppengesetzes, was Haider nicht nur ablehnte, sondern beharrlich unterließ – bis hin zur VfGH-Urteilsschelte.

Im Dezember 2001 hatte der VfGH die 25-Prozent-Quote für zu hoch befunden und Teile des Volksgruppengesetzes und der Topographieverordnung aufgehoben. 2002 berief daher Kanzler Schüssel „Konsenskonferenzen“ von Bund, Kärntner Parteien, Slowenen-Organisationen und Heimatverbänden ein. Sie scheiterten am Nein der Slowenen zum Kompromissvorschlag von 147 zweisprachigen Ortstafeln. Der von Schüssel um neuerliche Sondierungen ersuchte Historiker Karner – er entstammt dem zweisprachigen Gebiet Kärntens – präsentierte nach Gesprächen mit allen Interessengruppen daraufhin einen neuen Vorschlag: Das „Karner-Papier“ sah 158 zweisprachige Ortsschilder vor. Alle darauf aufbauenden weiteren Versuche, die im Juni 2006 in eine verfassungsrechtlich unanfechtbare Lösung münden sollten, wurden aber letztlich von der SPÖ, die man dafür gebraucht hätte, zunichte gemacht, da sie Schüssel vier Monate vor der Nationalratswahl den Erfolg nicht gönnte. Die jetzige verfassungsrechtliche Lösung, die sich SPÖ (Ostermayer und Faymann) sowie Dörfler an die Fahnen heften dürfen, war bis zur letzten Sekunde von absonderlichen Bocksprüngen begleitet. Mehr als ein halbes Jahrhundert dauerte es somit, bis Österreich und Kärnten nunmehr ihrer staatsvertraglichen Verpflichtung nachgekommen sind. Und der Haltungsänderung führender Beteiligter, die wahrlich der neustamentarischen „Saulus-Paulus-Wandlung“ nahekommen. Allenal Grund für Feierlichkeiten.

bergen sich drei Entscheidungsebenen: die sogenannten Topographieverordnungen von 1977 respektive 2006; Urteile des österreichischen Verfassungsgerichtshofs (VfGH); und eine in den Verhandlungen zwischen Dörfler, Ostermayer und den Slowenen-Verbänden vereinbarte 17,5-Prozent-Hürde, jener Anteil ethnischer Slowenen an den Einwohnern einer Ortschaft, bei der die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln zwingend ist. All das zusammen beruht auf Artikel 7 des Staatsvertrags von 1955, in welchem neben der Frage des Schulwesens für die ethnischen Minderheiten Österreichs und des amtlichen Gebrauchs ihrer Muttersprachen auch die „Errichtung von Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur“ in zwei- oder mehrsprachigen Gebieten festgelegt worden war. Nur: Deren „Siedlungsgebiete“ wurden im Staatsvertrag nicht näher definiert. Dies geschah für Kärnten erst im Volksgruppengesetz von 1976 und in der dazugehörigen Topographieverordnung 1977. Darin war geregelt, dass eine Ortschaft dann als zweisprachig zu gelten habe, wenn der Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung mindestens 25 Prozent beträgt. Diese Vor-



Ende des Streits? Feierliche Aufstellung der neuen Ortstafel

Foto Reuters

gabe war durch Urteile des VfGH bis auf 10 Prozent gesenkt worden, wogegen sich der (2008 tödlich verunglückte) Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und seine Getreuen – unter ihnen Dörfler – vehement wandten, die Urteile missachteten, verhöhnten und vor allem politisch zu instrumentalisieren verstanden.

Lange Zeit hatte in Kärnten ein – heute absurd scheinender – „Ortstafelsturm“ stattgefunden. Warum? 1972 beschloss die Regierung Kreisky (SPÖ) die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln in 205 Kärntner Ortschaften mit zumindest 20 Prozent slowenischsprachiger Bevölke-

lung. Weil „Deutsch-Kärntner“ Schilder demontierten, wurde die Aufstellung gestoppt. Das Volksgruppengesetz 1976 legte einen Slowenen-Anteil von 25 Prozent als Voraussetzung für zweisprachige Tafeln fest. Im Jahr darauf sah die Topographieverordnung 91 zweisprachige Schilder vor. Sie wurden nie vollzählig errichtet. Mit der Aufstellung deutsch-kroatischer Ortstafeln im Burgenland flammte Ende 2000 in Kärnten die Debatte neu auf. Kärntner Slowenen verlangten eine Novellierung des als zu restriktiv empfundenen Volksgruppengesetzes, was Haider nicht nur ablehnte, sondern beharrlich unterließ – bis hin zur VfGH-Urteilsschelte.

Hervorhebung durch KHD